



Antrag

der Abgeordneten **Klaus Adelt, Ruth Müller, Alexandra Hiersemann, Inge Aures, Christian Flisek, Harald Güller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen SPD**

Starkes Land, starke Städte I: Einführung eines Gleichwertigkeits-Berichtes

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Raumordnungsbericht zu einem Bericht über die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern (Gleichwertigkeitsbericht) weiterzuentwickeln und diesen dem Landtag im zweijährlichen Rhythmus vorzulegen. Der Bericht soll in Anlehnung an den Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Gleichwertige Verhältnisse in ganz Bayern“ entlang der darin beschriebenen vier Gerechtigkeitsdimensionen und des Indikatorensystems aufgebaut sein. Ziel des Berichts ist die parlamentarische Verankerung des Verfassungsziels „Gleichwertige Lebensverhältnisse“.

Begründung:

In ihrem Abschlussbericht empfahl die Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ eine parlamentarische Verankerung des Verfassungsziels „Gleichwertige Lebensverhältnisse“.

Ein Vorschlag, der bis heute nicht umgesetzt wurde, u. a. mit Verweis auf bereits bestehende Berichte der Staatsregierung. Tatsache ist jedoch, dass die regelmäßig erscheinenden Heimat-, Agrar-, Umwelt- und Sozialberichte nur bedingt Rückschlüsse auf eine sukzessive Angleichung regionaler Disparitäten zulassen.

Der im zweijährlichen Rhythmus vorgelegte Tätigkeits- und Sachstandsbericht sollte bereits vorhandene Berichte integrieren und entlang der seitens der Enquete-Kommission vorgeschlagenen Gerechtigkeitsdimensionen (Verteilungs-, Chancen-, Verfahrens- und Generationengerechtigkeit) und des Indikatorensystems aufgebaut werden und darüber hinaus aufzeigen, welche konkreten politischen Maßnahmen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Bayern seitens der Staatsregierung bisher unternommen und umgesetzt wurden respektive welche in Planung sind. Dies erleichtert die parlamentarische Kontrolle der Staatsregierung hinsichtlich der Umsetzung eines Verfassungsziels und verstärkt dadurch deren Bemühen, diese Wirklichkeit werden zu lassen. Der Bericht böte außerdem den Vorteil, dass der Landtag die Entwicklung rechtzeitig für die mittelfristigen Haushaltsplanungen des Freistaates miteinbeziehen und so notwendige Weichenstellungen vornehmen kann.